

1 Was für eine MITTE braucht BERLIN?

2

3 Präambel

4

5 Berlin-Mitte ist das Zentrum der Hauptstadt unseres Landes. Es ist Drehkreuz zwischen Ost und West,
6 Nord und Süd und damit ein Ort vielfältiger politischer und kultureller Begegnungen.

7 In unserem Bezirk findet man Orte für Lehre und Forschung, die Humboldt-Universität, weitere

8 Hochschulen und zahlreiche andere wissenschaftliche Einrichtungen. Für Kultur- und

9 Kunstinteressierte aus aller Welt ist der Bezirk mit seinen Theater- und Konzerthäusern, der

10 Museumsinsel, den großen Bibliotheken und Galerien geradezu ein Muss. Doch wir sehen nicht nur

11 die kulturellen „Leuchttürme“. Hier gibt es auch eine spannende freie Theaterszene, die häufig an

12 ungewöhnlichen Orten neue Ideen produziert und kreative Verbindungen zwischen den Menschen

13 schafft. Und natürlich gehört die Club-Szene mit zu Berlin-Mitte, die inzwischen international ebenso

14 bekannt ist, wie zahlreiche der in den Clubs auftretenden Musiker*innen.

15

16 Vor allem ist der Bezirk Lebens- und Arbeitsort für rund 350.000 Einwohner*innen aus über neunzig

17 Herkunftsländern. Uns ist in erster Linie wichtig, die täglichen Lebensbedürfnisse befriedigen können,

18 dass es ausreichend bezahlbare Wohnungen gibt, gute Kitas und Schulen für alle Kinder, wie auch

19 Spielplätze, Parks und Freizeiteinrichtungen. Es ist uns wichtig, wie weit es bis zur Ärzt*in ist oder bis

20 zum nächsten Supermarkt und wie gut die Verkehrsanbindung ist. Uns allen im Bezirk liegt viel daran,

21 dass die Straßen, Plätze und Parks sauber, gepflegt und sicher sind. Jeder soll sich frei und

22 selbstbestimmt bewegen können.

23

24 In Mitte reiben sich die sozialen Gegensätze unübersehbar im Straßenbild: einerseits finden in den

25 Ortsteilen Wedding, Gesundbrunnen und Moabit auch Menschen ihr zu Hause, die von

26 Arbeitslosigkeit und sozialer Not betroffen sind. Andererseits gibt es teure Geschäftsviertel am

27 Pariser, Leipziger und Potsdamer Platz. Die hoch verdichteten Gebiete der Spandauer und

28 Rosenthaler Vorstadt wurden im vergangenen Jahrzehnt zunehmend Anziehungspunkt für junge

29 Unternehmer*innen und Kreative.

30

31 Der Bezirk Mitte wächst, ebenso wie die gesamte Stadt. Es wird enger und teurer. Umziehen ist kaum

32 mehr möglich. Neu Zugezogene finden keinen bezahlbaren Wohnraum mehr. Soziale Gerechtigkeit

33 geht heute einher mit der Frage, wo und wie wir leben wollen und können und ob die Menschen aus

34 ihrer gewohnten Lebensumgebung gedrängt werden.

35 Der Kampf gegen hohe Mieten ist zu ergänzen durch eine Debatte darüber, in welche Richtung der

36 Bezirk weiterentwickelt werden soll. Die existierende kulturelle und soziale Vielfalt mit den daraus

37 erwachsenden unterschiedlichen Lebensentwürfen seiner Bewohner*innen wollen wir als Chance

38 begreifen und nicht als Übel, dem durch Ausgrenzung Einzelner oder bestimmter sozialer Milieus zu

39 begegnen wäre. Dies erfordert eine bewusst gelebte Toleranz aller und zugleich einen offen geführten

40 Diskurs über die Perspektiven unseres Innenstadtbezirks.

41

42 Im gemeinsamen Verständnis eines zupackenden solidarischen Miteinander haben sich gerade auch

43 Einwohner*innen aller sozialen Schichten unseres Bezirks beherzt und engagiert den Aufgaben

44 gestellt, welche mit der großen Zahl geflüchteter Menschen verbunden sind, die verstärkt seit Beginn

45 des Jahres 2015 nach Europa, Deutschland, Berlin und so auch in unseren Bezirk Mitte gekommen

46 sind.

47 Die LINKE ist sich der enormen Herausforderungen bewusst, vor denen dadurch der Bezirk wie auch

48 das Land Berlin insgesamt stehen. Sie ist davon überzeugt, dass diese Herausforderungen nur in einer

49 gemeinsamen Kraftanstrengung von politisch Verantwortlichen und Bürgerschaft zu bewältigen sein

50 werden. Die LINKE tritt deshalb ein für die Stärkung aller demokratischen Formen, in denen

51 bürgerschaftliches Engagement für eine verbesserte soziale und kulturelle, auch gebaute Umwelt zum

52 Tragen kommen kann. Die Stadt, der Bezirk, der Kiez muss für alle Menschen als tatsächlich

53 mitgestaltbare Möglichkeit und damit als lohnenswerte Aufgabe begriffen, erfahr- und erlebbar
54 gemacht werden. Auf diesem Wege will Die LINKE Partner sein und sucht Verbündete, um in
55 Kooperation mit den verschiedensten Akteur*innen den Innenstadtbezirk als lebendigen und offenen
56 Raum für alle Menschen zu gestalten.

57

58 **I. Lebenswerter Bezirk**

59 **Berlin ist eine Stadt der Mieter*innen. Der Bezirk Mitte ist ein Ort für Menschen aller**
60 **Gesellschaftsschichten und vieler Herkunftsländer. Diese Berliner Mischung ist ein Symbol für**
61 **Vielfalt und Toleranz, das international wahrgenommen und verstanden wird. Wir wollen uns dafür**
62 **einsetzen, dass diese Vielfalt erhalten bleibt, und alles bekämpfen, was ein friedliches und**
63 **tolerantes Zusammenleben aller hier in Mitte lebenden Menschen gefährdet. Deshalb sagen wir:**
64 **Auch wenn es eng wird, wir heißen Geflüchtete herzlich willkommen.**

65

66 **Wohnen muss bezahlbar sein**

67

68• Die Kommunalen Wohnungsbaugesellschaften müssen ihrer sozialen Verantwortung gerecht
69 werden. Zweckentfremdung von Wohnraum und spekulativer Leerstand dürfen nicht geduldet
70 werden. Wir brauchen auch in unserem Bezirk einen bezahlbaren Neubau. Eine behutsame
71 Nachverdichtung bedeutet für Die LINKE die Erschließung baulicher Brachen und eine
72 Baulückenschließung, nicht aber die Bebauung von Grün- und Naherholungsflächen, die im
73 doppelten Wortsinne für das Klima in unserer Stadt, in unserem Bezirk lebensnotwendig sind.

74• Wir wollen, dass mehr Gebiete für den sozialen Wohnungsbau über Bebauungspläne
75 planungsrechtlich gesichert werden. Wir fordern einen Verkaufsstopp für öffentliche
76 Grundstücke! Die Liegenschaftspolitik in unserem Bezirk muss sich grundsätzlich ändern: statt
77 Zuschlag für das Höchstgebot hin zu einer Konzeptvergabe für Bauvorhaben zu Gunsten von
78 gemeinnützigen Trägern.

79 **Verdrängung verhindern**

80• Mitte braucht mehr Milieuschutzgebiete. Sie schützen die ansässige Bewohnerschaft vor
81 Luxusmodernisierung und Umwandlung der Miet- in Eigentumswohnungen.

82• Die energetische Sanierung von Wohnungen muss sozialverträglich durchgeführt werden. Es darf
83 keine Zwangsräumungen in öffentlichen Wohnungsunternehmen geben. Wohngeldempfangende
84 benötigen diese finanzielle Unterstützung sofort. Wir brauchen deshalb mehr geschultes
85 Personal, um die Wartezeiten in den Ämtern zu verkürzen.

86

87• Wohnen und Kultur gehören zusammen. Die Verdrängung der innerstädtischen Clubs, der freien
88 Kulturszene und von Sportanlagen muss verhindert werden.

89 **Freiflächen und öffentliche Räume schützen und erhalten**

90• Wohnungsnahen Grünflächen sind Voraussetzung für gesunde und angenehme Lebensverhältnisse
91 in der Stadt. Sie dienen der Frischluftversorgung und als Lebensraum für unsere Tiere.
92 Wohnortnahe Grünflächen in dicht bebauten Quartieren verbieten sich daher als potentielle
93 Flächen zur Bebauung und Versiegelung.

94• Der öffentliche Raum muss öffentlich bleiben! Und wir brauchen finanzielle und personelle
95 Ressourcen, um der Verwahrlosung von öffentlichen Freiräumen vorzubeugen.

96• Wir unterstützen das Ergebnis der 2015 geführten Debatte zur Gestaltung unserer historischen
97 Mitte „Alte Mitte – neue Liebe“. Zugleich fordern wir reale Schritte zu dessen Umsetzung wie
98 auch die Weiterführung der Diskussion u.a. zur Gestaltung des Alexanderplatzes, des Areal um

99 das Humboldtforum, des Nikolaiviertels, im Besonderen den Erhalt und die Pflege der unter
100 Denkmalschutz gestellten Gebäude.

101

102

103 **Verkehr sicher, rücksichtsvoll und umweltfreundlich gestalten**

104• Immer mehr Wege in Mitte werden zu Fuß zurückgelegt. Notwendig sind deshalb mehr und
105 sichere barrierefreie Überquerungshilfen vor Kindergärten, Schulen, Senioreneinrichtungen und
106 anderen öffentlichen Einrichtungen sowie weitere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung. Für
107 einen umwelt- und sozial gerechten Innenstadtverkehr brauchen wir einen attraktiven und
108 preiswerten Öffentlichen Personennahverkehr. Der Ausbau des Straßenbahnnetzes hat für uns
109 eine hohe Priorität.

110• Berlin insgesamt wird immer mehr zu einer Fahrradstadt. Wir fordern ein bezirksübergreifendes
111 und dichtes Netz von Fahrradstraßen. Auch in Mitte brauchen wir deutlich mehr und sichere
112 Fahrradstreifen. Diese müssen sich sichtbar abgrenzen von den anderen
113 Verkehrsteilnehmer*innen, um die Verkehrssicherheit für Radfahrende zu erhöhen. Darüber
114 hinaus braucht es vor allem im Innenstadtbezirk Mitte mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder
115 und eine Verpflichtung für alle Bauvorhabenträger zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen bei
116 neu zu errichtenden Gebäuden.

117 **Mitte für alle und mit allen gestalten**

118• Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Wir müssen ihnen Sicherheit und Raum in der Stadt
119 gewähren. Anwohnende sind Vor-Ort-Expert*innen. Bürgerbeteiligung in Planungsprozessen darf
120 daher nicht als notwendiges Übel betrachtet werden und sich auf die reine Informationspflicht
121 beschränken. Bürgerbeteiligung muss mehrsprachig und allgemeinverständlich organisiert sein.
122 Die Einwendungen und Bedürfnisse der Anwohnenden müssen ernst genommen und respektiert
123 werden.

124

125 **Die in unserem Bezirk ansässigen Wirtschaftsunternehmen sollen gefördert und dazu motiviert**
126 **werden, für das Gemeinwesen Verantwortung zu übernehmen. In besonderer Weise unterstützen**
127 **wir Wirtschaft und Handwerk bei der Sicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen**
128 **zu fairen Bedingungen. Arbeit in Mitte muss existenzsichernd sein – Mindestlohn muss drin sein, ob**
129 **in der Kreativwirtschaft oder im Handwerk, in der Industrie oder in Betrieben der Sozialwirtschaft.**
130 **Tariftreue und die Einhaltung der Rechte der Arbeitnehmer*innen gehören dazu.**

132 **Bezirkliche Wirtschaftsförderung zu fairen Arbeitsbedingungen**

133

134• Wir treten ein für eine bezirkliche Wirtschaftsförderung, die die Unternehmen im Bezirk dabei
135 unterstützt, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu erhalten, neue zu schaffen und für die Zukunft
136 sicher zu machen. In diesem Sinne wollen wir das bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit
137 stärken und fördern. Die Fördermittelvergabe durch den Bezirk muss transparent und
138 nachvollziehbar sein, die geförderten Projekte und Maßnahmen sollen öffentlich gemacht
139 werden und ihre Erfahrungen allgemein zugänglich sein.

140• Vergabe von Aufträgen nur zu fairen Arbeitsbedingungen: Bei der Vergabe von Aufträgen an
141 Dritte soll das Bezirksamt darauf achten, dass Tariftreue und Mindestlohn eingehalten werden.
142 Das soziale Engagement von im Bezirk ansässigen Unternehmen wollen wir fördern und
143 anerkennen. Gute Beispiele sollen bekannt gemacht werden.

144• Wir fordern, dass das Bezirksamt einen Verhaltenskodex gegen Korruption entwickelt und
145 durchsetzt.

146 **Zusammenarbeit von Unternehmen mit Schulen und nachhaltiges Wirtschaften stärken**

- 147• Wir setzen uns ein für die Förderung der Zusammenarbeit von Unternehmen mit Schulen zur
148 Stärkung und Intensivierung der beruflichen Orientierung und bei der Durchführung von Praktika
149 o.ä. Dies gilt in besonderer Weise für Unternehmen, die im Bereich Zukunftstechnologien (wie
150 z.B. im Technologiepark Humboldthain) tätig sind. Betriebe sollen z.B. im Rahmen von
151 Ausbildungsverbänden unterstützt werden, wenn sie Ausbildungsplätze schaffen und erhalten.
- 152• Umweltorientierte Wirtschaftsaktivitäten, wie z.B. im Bereich erneuerbare Energien, Wasser- und
153 Kreislaufwirtschaft sowie Elektromobilität sollen besonders unterstützt und ihre Aktivitäten vor
154 allem in der Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen auch öffentlich erfahrbar gemacht
155 werden (z.B. Green Moabit). In diesem Sinne sollte auch der bezirkliche Umweltpreis
156 weiterentwickelt werden.
- 157• Bei der energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden die in der Verantwortung des
158 Bezirkes liegen, sollte das Ziel sein die Gewinnung von Solarstrom und –wärme optimal zu nutzen.

159 Boomende Tourismuswirtschaft nicht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger

- 160• Wir unterstützen alle Aktivitäten von Bezirk und Senat sowie von Seiten der Tourismuswirtschaft,
161 die darauf gerichtet sind, die seit Jahren steigenden Besucher*innenzahlen in Berlin und ihre
162 „Nebenwirkungen“ mit den Interessen der im Bezirk lebenden Bürger*innen in Übereinstimmung
163 zu bringen.
- 164• Wir unterstützen alle Initiativen - z.B. von Standortgemeinschaften und/oder engagierten
165 Bürger*innen - gegen Leerstand, Verschmutzung und missbräuchliche Nutzung des öffentlichen
166 Raums. Straßenfeste und andere Nutzungen des öffentlichen Raums müssen mit den Interessen
167 des Bezirks und seiner Bürger*innen im Sinne der Vielfalt des Miteinanders in Einklang stehen.

169 Mitte ist ein Bezirk der Vielfalt und der Kreativen. Er ist aber auch ein Bezirk mit starker sozialer 170 Spaltung. Es ist wesentliches Ziel unserer Sozialpolitik, Armut und Ausgrenzung, wo wir das auf 171 Bezirksebene können, zu verhindern und zu bekämpfen.

172 Jobcenter und Arbeitsmarkt

- 173• Wir brauchen einen dauerhaften öffentlichen Beschäftigungssektor mit langfristigen
174 Arbeitsverhältnissen und Qualifizierungsmöglichkeiten zu fairen Bedingungen für Menschen, die
175 auf dem regulären Arbeitsmarkt kaum eine Chance haben.
- 176• Wir fordern den Erhalt und Ausbau bedarfsgerechter Angebote zur Berufsorientierung für
177 Jugendliche und weiterer Unterstützungs- bzw. Hilfeangebote. Jeder junge Mensch hat einen
178 Anspruch auf eine qualifizierte berufliche Ausbildung und darf beim Übergang von der Schule ins
179 Arbeitsleben nicht allein gelassen werden.
180

181 Erhalt einer vielfältigen sozialen Infrastruktur

- 182• Die Wartezeiten für einfachste Leistungen der öffentlichen Verwaltung sind unerträglich lang
183 geworden. Wir fordern deshalb vom Senat eine deutlich bessere personelle Ausstattung der
184 Bürgerämter.
- 185• Wir setzen uns für eine vielfältige soziale Infrastruktur ein, denn Stadtteilaktive,
186 Nachbarschaftshäuser, Treffs für Senior*innen, Kiezcafés, Beratungsstellen, Notübernachtungen
187 und Einrichtungen für Fraueninitiativen sind das soziale Rückgrat eines jeden Gemeinwesens. Es
188 ist nicht hinnehmbar, dass soziale Aufgaben des Gemeinwesens unterbezahlt werden oder durch
189 Ehrenamtliche aufgefangen werden müssen. Das ehrenamtliche Engagement soll durch ein
190 besser ausgestattetes „Ehrenamtsbüro“ wieder wirkungsvoller unterstützt werden und
191 entsprechende Anerkennung erfahren.

10

- 192• Für ältere Menschen, deren Mobilität zum Teil eingeschränkt ist, und für behinderte Menschen
193 sind barrierefrei zu erreichende Orte der Begegnung im Wohnumfeld von großer Bedeutung,
194 denn sie beugen sozialer Vereinsamung vor. Wir setzen uns ein für den Ausbau entsprechender
195 kommunaler Treffpunkte mit einem breit gefächerten sozialen und kulturellen Angebot.
- 196• Wir setzen uns dafür ein, dass die Schuldnerberatung weiter finanziert wird, damit vor allem
197 junge Menschen stärker informiert und beraten werden.
- 198• Bei der Versorgung und Unterbringung von Wohnungslosen muss unser vorrangiges Ziel sein
199 Wohnungslosigkeit zu vermeiden. Wir setzen uns für den Erhalt und weiteren Ausbau von
200 Angeboten für Wohnungslose ein, auch und gerade für die Kältehilfe für Obdachlose. Wir wollen
201 aktiv Wohnungslosigkeit bekämpfen.
- 202• Einrichtungen der Drogen- und Suchthilfe müssen ausgebaut werden. Sichere
203 Drogenkonsumräume sollten erhalten und ausgebaut werden.
- 204

205 **Bürgerdienste umfassend barrierefrei gestalten**

206

- 207• Wir setzen uns sowohl für die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude als auch des öffentlichen
208 Internetauftritts unseres Bezirkes ein.
- 209 Räumlich mobil sein zu können ist in weiten Bereichen der Gesellschaft zur Bedingung für
210 Teilhabe geworden. Wer diese gesellschaftlichen Mobilitätsanforderungen nicht erfüllen kann,
211 läuft Gefahr, sozial ausgegrenzt zu werden. Auch die demografische Entwicklung zwingt zu
212 verstärkter baulicher barrierefreier Umweltgestaltung.
- 213 Informationsangebote des Bezirksamts sowie die verschiedenen Kommunikationsmöglichkeiten
214 der öffentlichen Verwaltung mit den Bürger*innen müssen so gestaltet werden, dass sie von
215 Menschen mit Beeinträchtigungen, unabhängig von der Art ihrer Beeinträchtigung, ohne
216 zusätzliche Einschränkungen genutzt und wahrgenommen werden können. Gerade für ältere
217 Bürger*innen und Menschen mit Beeinträchtigungen ist es notwendig, dass sie die
218 Informationsangebote des Bezirksamts sowie die verschiedenen Kommunikationsmöglichkeiten
219 der öffentlichen Verwaltung verstehen und ohne Hilfe nutzen können.

220

221

222 **II. Lebenslanges Lernen**

223 **Wir wollen für die in Mitte lebenden Kinder und Jugendlichen beste Bedingungen für eine**
224 **gedeihliche Entwicklung zu selbständigen und eigenverantwortlichen Persönlichkeiten schaffen und**
225 **ihre Familien bei der Erziehung und Förderung unterstützen.**

226

227 **Kitas als Bildungseinrichtungen stärken**

228

- 229• In Kitas sind optimale Rahmenbedingungen sowohl zugunsten der individuellen Förderung der
230 Kinder, als auch der fairen Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen unerlässlich. Dazu bedarf es
231 einer guten und ausreichenden Personalausstattung und zuverlässiger Unterstützungsangebote
232 bei den wesentlichen inhaltlichen Schwerpunkten wie Sprachförderung und Maßnahmen zur
233 Förderung der Kindergesundheit.
- 234• Die Versorgung mit Kitaplätzen ist zu sichern, dies insbesondere vor dem Hintergrund einer
235 wachsenden Stadt und der verstärkten Aufnahme von geflüchteten Kindern vor allem in den
236 kommunalen Kitas. Vorausschauend ist eine wohnortnahe, bedarfsgerechte Versorgung der
237 Familien zu gewährleisten und dazu vor allem kommunale Immobilien und Grundstücke zu
238 nutzen.
- 239• Eltern/Familien sind zu stärken und durch niedrigschwellige Angebote zu unterstützen – z.B. in
240 den Familienzentren oder über die Kiezmütter, deren Arbeit kontinuierlich zu finanzieren ist. Die
241 Erstbesuche bei jungen Eltern sollen beibehalten und weiter ausgebaut werden. Erhalten Kinder

242 und Eltern die ihnen nach Jugendhilferecht zustehenden Hilfen, dürfen die Standards nicht aus
243 Kostengründen abgesenkt werden.

245 Bedarfsgerechte Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sichern und ausbauen

246

247• Bestehende kommunale Einrichtungen sowie die in freier Trägerschaft sind zu erhalten und
248 auskömmlich auszustatten.

249• Im Sinne der Beziehungskontinuität und Planungssicherheit bei der Kinder- und Jugendarbeit sind
250 die Leistungsverträge mit den freien Trägern fair und angemessen zu gestalten. Auch vor dem
251 Hintergrund knapper Kassen ist das Versorgungsdefizit bei der Kinder- und Jugendarbeit nicht
252 hinzunehmen, sondern muss – besonders in den Planungsräumen mit hoher Nachfrage -
253 abgebaut werden. Es ist sicherzustellen, dass diese Angebote rechtzeitig und zuverlässig
254 mindestens jenen Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen, deren Familien keine
255 kostenpflichtigen Angebote finanzieren können.

256

257 Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe weiterentwickeln

258• Wir wollen, dass die bewährten Jugendberatungshäuser im Bezirk weitergeführt und
259 Kooperationen von Schulen mit freien Trägern der Jugendhilfe und Betrieben im Bezirk gefördert
260 werden.

261• Die Personalausstattung der Jugendämter ist endlich den beschlossenen Standards anzupassen,
262 damit die dort zu leistenden verantwortungsvollen Aufgaben, die im Kinder- und
263 Jugendhilfegesetz festgeschrieben sind, auch erfüllt werden können. Ob Ausstellung eines
264 Kitagutscheins, die Beantragung von Elterngeld oder Beratung von Eltern zur Sicherung des
265 Kinderschutzes - alle Aufgaben des Jugendamtes berühren ganz unmittelbar die Lebenswelt von
266 Kindern, Jugendlichen und ihren Familien.

267 Ebenso wichtig ist eine gute und auskömmliche Personalausstattung des bezirklichen
268 Gesundheitswesens als Garant für eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung (z.B. über
269 den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst) als auch für die Initiierung und Umsetzung von
270 Maßnahmen der Gesundheitsförderung in bezirklichen Einrichtungen.

271

**272 Es ist Aufgabe des Bezirks, jeder Schüler*in einen guten Schulplatz zur Verfügung zu stellen und die
273 Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Chancengleichheit beim Zugang und Erwerb von
274 Bildung gesichert sind. Das Bezirksamt muss die Schulen unseres Bezirks bei der Erfüllung ihres
275 Bildungs- und Erziehungsauftrags unterstützen. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den
276 bezirklichen Gemeinschaftsschulen.**

277

278 Schulentwicklungsplanung bedarfsgerecht, partizipativ, verlässlich und nachhaltig gestalten

279• Auch in Mitte steigt die Zahl der Schüler*innen. Wir setzen uns dafür ein, diese Entwicklung im
280 Schulentwicklungsplan stärker als bisher zu berücksichtigen, um auszuschließen, dass Eltern
281 wenige Wochen vor dem ersten Schultag noch immer nicht wissen, in welche Schule ihr Kind
282 gehen wird. Eine gute Zusammenarbeit zwischen Schulen und Schulamt aber braucht
283 ausreichendes und qualifiziertes Personal. Wir setzen uns deshalb auch im Schulbereich für eine
284 bezirkliche Personalentwicklungsplanung ein, die sich an den Erfordernissen unseres wachsenden
285 Bezirks orientiert.

286• Schule braucht Raum für die Umsetzung von Schulkonzepten! Wir wollen, dass die drei
287 bezirklichen Jugendverkehrsschulen, das Schul-Umwelt-Zentrum mit seinen drei Standorten und
288 die kulturellem außerschulischen Bildungsorte erhalten und gestärkt werden.

289• Jedes Kind hat das Recht auf individuelle Förderung. Wir werden Mittes Schulen auf ihrem Weg
290 zu inklusiven Schulen unterstützen, in denen Kinder mit und ohne Förderbedarf gemeinsam
291 lernen können. Bis unsere Schulen aber noch nicht allen Kindern gerecht werden können, soll

- 292 auch der Besuch in einem sonderpädagogischen Förderzentrum möglich sein, wenn Eltern und
293 Kinder das wünschen. In beiden Fällen braucht es jedoch ausreichende Schulplätze und
294 Ressourcen für die individuelle Förderung jeder Schüler*in.
- 295• Wir setzen uns dafür ein, dass die Sanierung der Schulen in der bezirklichen Investitionsplanung
296 Vorrang hat. Insbesondere die Sanitäranlagen müssen in einen benutzbaren Zustand versetzt
297 werden und es müssen ausreichend Plätze für die Mittagessenversorgung zur Verfügung stehen.
298 Barrierefreiheit muss bei jeder Baumaßnahme mitgedacht werden. Zusätzliche Sanierungsmittel
299 aus Landesprogrammen dürfen nicht dazu führen, dass der Bezirk auf eigene Investitionen
300 verzichtet. Wir werden gemeinsam mit den Schulen einen Plan aufstellen über deren schrittweise
301 Sanierung und notwendigen Aus- und Neubau, um den Schüler*innen, den Kollegien und den
302 Eltern Planungssicherheit zu geben.
- 303• Schulschließungen sind für uns tabu. Schulräume dürfen allenfalls zeitlich befristet von Dritten
304 genutzt werden. Wir setzen uns dafür ein, die Art und Weise, wie das Land die Schulen finanziert,
305 auf den Prüfstand zu stellen. Es darf nicht sein, dass die geltenden Regelungen den Bezirk aus
306 finanziellen Gründen dazu zwingen, auf schulische Räume zu verzichten, die jetzt und künftig
307 gebraucht werden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in unserem Bezirk ein
308 Flächensicherungsplan aufgestellt wird, der die Infrastruktur für Angebote lebenslangen Lernens
309 sichert und eine bedarfsgerechte Entwicklung ermöglicht. Dabei sollen die Schulen selbst, die
310 Schüler*innen und ihre Eltern in die Entwicklung der Schulen und der Schulstandorte einbezogen
311 werden. Wir wollen, dass Initiativen der Schulen stärkere Beachtung finden und die Meinung der
312 schulischen Gremien mehr als bisher berücksichtigt werden.
- 313

314 **Übergänge gestalten: von der Kita in die Grundschule, von der Schule in Ausbildung und Beruf**

- *Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen und Kitas sowie die Jugendhilfe frühzeitig zusammenarbeiten, damit die Kinder gut auf die Schule vorbereitet sind und die Übergänge von einer Bildungseinrichtung zur anderen gelingen können. Besonders wichtig sind dabei die bestehenden bezirklichen Bildungsverbände als Kooperationen zwischen Kitas, Grund- und Oberschulen, den QM-Gebieten sowie dem Bezirksamt. Wir wollen, dass sie ihre Arbeit auf sicherer finanzieller Grundlage fortführen können. Schulen wollen wir dabei unterstützen, sich zu öffnen und in den Regionen mit anderen Einrichtungen aus Wirtschaft und Handwerk und Initiativen in der Nachbarschaft zusammenzuarbeiten.*
- 315• Wir wollen dafür Sorge tragen, dass jeder junge Mensch nach Schulabschluss einen guten
316 Ausbildungsplatz erhält. Die es nicht auf Anhieb schaffen, sollen individuelle Unterstützung
317 erhalten. Damit die unter dem Dach der neuen Jugendberufsagentur geplante bessere
318 Zusammenarbeit aller Akteur*innen auch gelingt, brauchen wir ausreichende finanzielle Mittel
319 und Ausbildungsplätze.

320

**321 Sport ist in besonderer Weise förderungswürdig, weil er Menschen - unabhängig vom sozialen
322 Status, ethnisch-kultureller Herkunft, von Alter und Geschlecht - verbindet, Fairness und Respekt
323 vermittelt und Teilhabe an unserem Gemeinwesen ermöglicht. Wir wollen den in Mitte
324 Sporttreibenden beste Bedingungen für ihre sportliche Betätigung bieten, ob sie nun im Verein
325 oder selbstorganisiert Sport treiben. Dabei gilt unsere besondere Aufmerksamkeit dem Schulsport,
326 denn die Begeisterung von Kindern und Jugendlichen für den Sport zu wecken und lebenslang zu
327 erhalten, dient auch der aktiven Gesundheitsförderung.**

328

329 **Sicherung und Entwicklung der bezirklichen Sportstätten**

- 330• Mitte braucht einen bezirklichen Flächensicherungs- und Entwicklungsplan für Sport und
331 Bewegung. Sowohl der Bevölkerungszuwachs und sich ändernde Bedarfe der Sporttreibenden als
332 auch der bereits bestehende Mangel an Sportflächen machen es notwendig, die vorhandenen

333 Sportanlagen zu sichern und barrierefrei zu sanieren bzw. zu modernisieren. Aber wir benötigen
334 auch neue Flächen für Sport und Bewegung. Wir wollen, dass das Bezirksamt prüft, inwieweit
335 ungenutzte Freiflächen für die sportliche Betätigung erschlossen und dauerhaft nutzbar gemacht
336 werden können.

337• Die Nachfrage durch den gemeinnützigen Sport übersteigt das Angebot. Wir setzen uns dafür ein,
338 dass mehr Möglichkeiten zur Sportnutzung geschaffen werden und die Vergabe der verfügbaren
339 Sportanlagen transparent und gerecht durch das Bezirksamt in Zusammenarbeit mit dem
340 gemeinnützigen Sport im Bezirk erfolgt. Die Gewährleistung eines ungehinderten Zugangs zu
341 Sportstätten, auch an Abenden und an den Wochenenden, macht eine bedarfsgerechte Pflege
342 der Anlagen und ihrer Ausstattung unverzichtbar. Wir setzen uns deshalb dafür ein, bezirkliche
343 Sportwarte wieder einzustellen.

344• Wir wollen das Poststadion in Kombination mit dem Fritz-Schloß-Park weiter entwickeln. Dafür
345 sollen auch künftig vorrangig Mittel aus Förderprogrammen genutzt werden. Wir setzen uns
346 dafür ein, dass für den Betrieb der Sportanlage professionelle Unterstützung gefunden wird, um
347 das Ehrenamt nicht zu überfordern. Die Bäderangebote im Bezirk sollen erhalten bleiben. Die von
348 uns unterstützen Pläne für den Ausbau des Bades in der Seydlitzstraße zu einem Kombibad
349 werden wir zusammen mit anderen Akteur*innen weiter verfolgen.

350Zusammenarbeit zwischen Bezirk und bezirklichen Sportorganisationen

351• Das Bezirksamt ist Dienstleister für den Sport und muss insbesondere mit Personal entsprechend
352 ausgestattet sein. Wir befürworten die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Sportvereine
353 im Bezirksamt, um die Kooperation mit dem Ehrenamt im Sport zu fördern, die Verfahren zu
354 vereinfachen und die Vergabe- und Genehmigungspraxis transparenter zu machen. Wir setzen
355 uns dafür ein, dass die Beteiligung des ehrenamtlich organisierten Vereinssports nicht
356 überfordert wird. Aktuelle Schlüsselverträge müssen hinsichtlich der eingegangenen
357 Verpflichtungen geprüft und langfristig abgebaut werden.

358• Wir wollen die integrative Kraft des Sports in unserem wachsenden Bezirk besonders fördern.
359 Angebote von Vereinen zur sportlichen Betätigung von geflüchteten Menschen sollen zusätzliche
360 Unterstützung und Ressourcen erhalten, um Zugang, Teilhabe und soziale Integration zu
361 unterstützen. Angebote zur Förderung des Frauen- und Mädchensports und von Menschen mit
362 Behinderung unterstützen wir ebenso wie Angebote für den Gesundheitssport und die sportliche
363 Betätigung von Menschen im höheren Lebensalter. Kooperationsprojekte zwischen Schulen und
364 Sportvereinen halten wir für wichtig und ausbaufähig. Bereits bestehende Kooperationen sollen
365 evaluiert und Schlussfolgerungen daraus umgesetzt werden. Der Vereinssport an den Schulen ist
366 als Bereicherung des schulischen Ganztagsbetriebs grundsätzlich zu fördern, darf jedoch kein
367 Ersatz für einen qualifizierten Sportunterricht sein.

368

369

**370Der Bezirk Mitte ist auch ein Ort des Lernens und der Kultur. Kommunale Angebote im Bereich
371Weiterbildung und Kultur müssen dabei mit einem vielfältigen Programm auf die äußerst
372heterogene soziale Zusammensetzung der Bevölkerung reagieren, um den Bezirk als
373Anziehungspunkt und Ausdruck einer Stadt für alle zu erhalten. Unverzichtbar dafür sind die
374Volkshochschule und Musikschule mit ihren Zweigstellen, Einrichtungen der kulturellen Bildung für
375Kinder und Jugendliche, die kommunalen Galerien und ein Netz öffentlicher Bibliotheken.**

376

378 Förderung von Bildung und Kultur

379

380• Bibliotheken sind Orte der Lebens- und Freizeitgestaltung, der Unterhaltung, beruflicher und
381 schulischer Bildung, die allen Bürger*innen unabhängig von ihrem sozialen Status zur Verfügung
382 stehen müssen. Sie werden in einer wissensbasierten Gesellschaft immer stärker nachgefragt und
383 müssen deshalb mit einem zukünftigen Medienetat im bezirklichen Haushalt sächlich besser
384 ausgestattet werden. Notwendig sind großzügig gestaltete Lern- und Arbeitsplätze mit PC-
385 Ausstattung, kostenfreiem WLAN und umfassend barrierefreien Informationszugängen. Wir
386 setzen uns für den freien Zugang und Ausbau von Archiven ein.

387 Einen weiteren Stellenabbau in den öffentlichen Bibliotheken darf es nicht geben.

388• Wir unterstützen vielfältige Kooperationsbeziehungen der Volkshochschule mit anderen
389 Bildungseinrichtungen - beispielsweise mit der Humboldt-Universität bei der Erarbeitung von
390 Curricula in Leichter Sprache - und den Ausbau eines breit gefächerten Programmangebots, das
391 auch auf aktuelle Herausforderungen und Gefährdungen reagiert, die zum Beispiel mit der
392 digitalen Revolution verbunden sind und Auswirkungen auf fast alle unsere Lebensbereiche
393 haben. Die Volkshochschule kann hier durch (Weiter-)Bildungsmodule notwendige
394 Medienkompetenzen gerade auch an den Personenkreis vermitteln, der im Schul- und
395 Freizeitbereich mit Kindern und Jugendlichen arbeitet.

396• Wir wollen eine musische Bildung, die in den Kitas beginnt und über eine vertiefte Kooperation
397 der Musikschule im Nachmittagsbereich der Ganztagschulen weitergeführt wird. Notwendige
398 Mittel für die zielgruppenorientierte Bereitstellung ganzer Klassensätze an Instrumenten sind
399 dafür ebenso unerlässliche Voraussetzung wie die finanzielle Untersetzung für qualifiziertes
400 Fachpersonal zum weiteren Ausbau der Kooperationsbeziehungen.

- *Wir setzen uns ein für den Erhalt je einer kommunalen Galerie in jedem der drei Fusionsbezirke am jetzigen Standort. Kommunale Galerien unterliegen nicht den Zwängen des Kunstmarktes und bieten damit einen marktunabhängigen Raum für Künstler*innen, wodurch diese insbesondere zu Beginn ihrer künstlerischen Vita Unterstützung und Stabilisierung erfahren. Von großer Bedeutung sind ebenso der Erhalt und Ausbau von bezahlbaren Atelierräumen. Eine Zusammenarbeit des Bezirks mit dem bzw. der Atelierbeauftragten des Landes Berlin in dieser Frage halten wir für wünschenswert und notwendig.*

III. Gemeinsam in Mitte

401 Die Diskussionen in der Stadtgesellschaft drehten sich um eine Entwicklung, nicht um einen
402 Zustand, d.h. um laufende, geschehende Veränderungen, auf die von Seiten der Politik reagiert
403 werden muss. Dazu gehören vor allem auch Veränderungen, die mit der wachsenden Stadt und der
404 Aufnahme von Zigtausenden geflüchteten Menschen zusammenhängen.

405

406 Transparenz und Bürger*innenbeteiligung

407

408• Um diese Diskurse transparent führen zu können, müssen die Möglichkeiten direkter Demokratie
409 und gesetzlicher Beteiligungsverfahren als Ergänzung und Erweiterung des parlamentarischen
410 Systems erhalten und ausgebaut werden. Wir treten allen Versuchen von Politik und
411 Verwaltungen entgegen, Beteiligungsverfahren zu be- oder verhindern (Beispiel Bebauung im
412 Mauerpark). Kinder, Jugendliche, Bürgerinitiativen und Stadtteilvereine wollen wir in dem
413 Anspruch unterstützen, ihre Belange mitentscheiden zu können. Die Fraktion bietet den
414 Bürger*innen an, ihre Probleme in die Bezirksverordnetenversammlung zu tragen. Wir werden

415 unsere eigene Arbeit transparent gestalten und über Initiativen frühzeitig und umfassend
416 informieren.

417• Wir setzen uns für den Erhalt und die Schaffung einer vielfältigen, wohnortnahen sozialen
418 Infrastruktur ein, die auch als Begegnungsort für Initiativen, Vertretungen, Vereine genutzt
419 werden kann.

420• Das Personal im Bezirksamt muss im Umgang mit Bürger*innenbeteiligung weiter qualifiziert
421 werden.

422

423

424 **Verwaltungen als Dienstleister für Bürger*innen**

425

426• Die Verwaltung muss weiter entbürokratisiert und interkulturell geöffnet werden. Das
427 Verwaltungshandeln muss transparent dargestellt und für alle verständlich sein. Wir fordern eine
428 bessere Personalausstattung der kommunalen Verwaltung und einen sofortigen Stopp des vom
429 Senat vorgeschriebenen Personalabbaus in den Bezirken. Vor allem die dienstleistungsnahen
430 Bereiche brauchen dringend mehr Personal, um sie in die Lage zu versetzen,
431 Bürger*innenanliegen schnell und kundenfreundlich zu erfüllen.

432• Verwaltungsdaten sollen frei verfügbar und nutzbar sein. In allen Verwaltungsgebäuden soll W-
433 LAN kostenlos genutzt werden können. Darüber hinaus treten wir ein für Offenes W-LAN an
434 möglichst vielen Plätzen im Bezirk und die Unterstützung des Freifunks. Die Privatisierung von
435 Bürger*innendaten durch Veräußerung lehnen wir als Geschäftsmodell grundsätzlich ab.

436

437 **Das Land Berlin und seine Bezirke**

438

439• Das Land Berlin kann nur so stark sein wie seine Bezirke. Wir fordern deshalb höhere
440 Finanzausweisungen an die Bezirke, damit diese nicht nur die Aufgaben erfüllen können, worauf
441 die Bürger*innen einen Rechtsanspruch haben. Die Bezirke benötigen darüber hinaus finanzielle
442 Mittel, um damit eigene politische Schwerpunkte setzen zu können. Sonderprogramme des
443 Landes für die Bezirke sind zurückzuführen und die Mittel den Bezirken über die
444 Globalausweisungen zur Verfügung zu stellen. Vom Land an die Bezirke übertragene Aufgaben
445 müssen durch die Landesebene ausreichend finanziert werden.

446

447 **Berlin Mitte als Innenstadt- und Regierungsbezirk ist sehr heterogen zusammengesetzt. Wir wollen,**
448 **dass dies so bleibt. Indem die in Mitte lebenden Menschen, unabhängig von ihrer sozialen,**
449 **religiösen und sexuellen Orientierung und ihrer Ethnie und Herkunft, zur gleichberechtigten**
450 **Teilhabe in allen Lebensbereichen ermutigt und befähigt werden, kann unser Bezirk Vorbild für ein**
451 **buntes, engagiertes und gleichberechtigtes Zusammenleben sein.**

452 **Förderung und Unterstützung von Integration**

453• Die Einwanderungsbiografien von Migrant*innen sind im Hinblick auf ihre
454 Integrationsanstrengungen und -leistungen so vielfältig wie das Leben selbst. Wir vertreten
455 deshalb eine Integrationspolitik, die sich nicht mehr an dem pauschalen
456 Unterscheidungsmerkmal „Migrationshintergrund“ orientiert, das im Grunde nichts aussagt über
457 tatsächlich vorhandene Bedürfnisse oder Defizite, und unterstützen Anstrengungen im Bezirk wie
458 auch auf Landesebene, die darauf abzielen, Problemlösungen auf der Grundlage des
459 Milieuansatzes zu entwickeln.

460• Integration, wenn sie gelingen soll, verstehen wir dabei als eine Aufgabe, die Anstrengungen
461 sowohl von den zu uns kommenden Migrant*innen als auch von der Mehrheitsgesellschaft
462 verlangt. Unerlässlich dafür sind Orte, die das gegenseitige Kennenlernen ermöglichen und so
463 Vertrauen entwickeln helfen. Wir unterstützen daher vielfältige Begegnungsmöglichkeiten in
464 unserem Bezirk, multikulturelle Treffpunkte, soziale Projekte wie auch integrative Angebote
465 (bspw. die Kiezmütter, Integrationslots*innen, den Frauentreff „Olga“ vor allem für ost- und

466 südosteuropäische Frauen oder das Modellprojekt „Sozialpädagogische Begleitung der
467 Integrationskursteilnahme bildungsferner EU-Zuwanderer“ an unserer Volkshochschule mit dem
468 Ziel der Integration von Roma und ihren Familien). Diese sozialen und Bildungsprojekte sind
469 unverzichtbar und müssen sowohl von Seiten des Landes (Projektmittel für
470 Integrationsprogramme) als auch vom Bezirk kontinuierlich finanziert werden.

471• Zu einer gelingenden Integrationspolitik gehört ebenfalls die öffentliche Anerkennung von
472 Integrationsleistungen unserer ausländischen Mitbürger*innen. Deshalb werden
473 Veranstaltungsreihen von uns wertgeschätzt, wie sie von der Volkshochschulen in
474 Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt entwickelt wurden – zum Beispiel die feierliche
475 Überreichung der Zertifikate für die erfolgreiche Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen
476 oder die Einbürgerungszeremonie im Bezirk, bei der den Eingebürgerten der deutsche Pass
477 überreicht wird. Wir setzen uns dafür ein, dass der Integrationspreis, den die BVV als ein
478 politisches Signal der Würdigung integrativer Arbeit von Einzelpersonen, Vereinen und/oder
479 gemeinnützigen Trägern jährlich auslobt, erhalten bleibt und in Jahren knapper Kassen nicht dem
480 Spardiktat zum Opfer fällt.

481

**482Über 60.000 geflüchtete Menschen sind im Jahr 2015 nach Berlin gekommen. Wir sind uns bewusst,
483dass dadurch das Land Berlin wie auch jeder Bezirk vor enorme Herausforderungen gestellt
484werden. Aber wir haben kein Verständnis für ein seit Monaten anhaltendes Versagen einzelner
485Landesbehörden beim Umgang mit Geflüchteten, wofür die chaotischen Zustände vor dem
486Landesamt für Soziales und Gesundheit (LaGeSo) trauriges Synonym geworden sind. Unser Dank
487gilt allen Bürger*innen unseres Bezirks, die sich gerade dort über Wochen und Monate für einen
488humanitären Umgang mit geflüchteten Menschen eingesetzt haben.**

489Humanitärer Umgang mit Geflüchteten

490 Wir sind uns bewusst, dass die beschriebene Situation nicht auf der Ebene des Bezirks geändert
491 werden kann und unterstützen deshalb das Bezirksamt sowohl bei eigenen Anstrengungen als
492 auch in seinen Forderungen an den Senat, die auf eine menschenwürdige Unterbringung von
493 geflüchteten Menschen abzielen. Dazu zählen für uns die Reduzierung der Aufenthaltsdauer in
494 Notunterkünften durch den Ausbau von Unterkünften für Geflüchtete in
495 Gemeinschaftseinrichtungen sowie eine möglichst hohe Rate an dezentraler Unterbringung.
496 Die ad hoc-Beschlagnahme von Turnhallen zur Unterbringung von Geflüchteten muss aufhören,
497 denn zum einen sind Turnhallen Unterkünfte ohne jede Möglichkeit von Rückzugsräumen und
498 zum anderen werden - neben dem damit verbundenen Ausfall des Schul- und Freizeitsports -
499 gerade Sportvereine als wichtige Kooperationspartner*innen ihrer Möglichkeiten beraubt,
500 praktische Integrationsarbeit zwischen einheimischen Kindern und Jugendlichen und geflüchteten
501 jungen Menschen zu leisten. Wir setzen uns auch dafür ein, dass niedrigschwellige Sportangebote
502 für Geflüchtete und Asylsuchende durch Land und Bezirk besonders gefördert werden.

503• Chancengleichheit muss auch für geflüchtete Kinder gewährleistet sein. Kinder aus geflüchteten
504 Familien haben vom ersten Tage ihres Hierseins an das Recht auf einen Schulplatz. Für viele
505 Kinder wird das der Besuch einer Willkommensklasse zum Erwerb der deutschen Sprache sein.
506 Ihr schnellstmöglicher Übergang in Regelklassen muss gesichert sein. Wir setzen uns dafür ein,
507 dass diese Kinder und ihre Eltern von Anfang an in die Schulen integriert werden und an allen
508 schulischen Veranstaltungen teilnehmen.

509• Wir haben auch in unserem Bezirk immer mehr und immer jüngere unbegleitete Geflüchtete, die
510 oft monatelang auf den Abschluss ihres Clearingverfahrens warten müssen. Wir fordern von der
511 Landes- und Bezirksebene gemeinsame Anstrengungen, um diese Zeit der Ungewissheit und auch
512 Hoffnungslosigkeit, die für die Jugendlichen in hohem Maße psychisch belastend ist, deutlich zu
513 verkürzen. Niedrigschwellige integrative Angebote im Sport- und Kulturbereich gerade auch für
514 diesen Personenkreis halten wir für unbedingt notwendig und unterstützen diesbezügliche
515 Kooperationen zwischen dem Jugendamt und dem Bereich Weiterbildung und Kultur.

- 516• Der Erwerb der deutschen Sprache ist sowohl für Migrant*innen als auch für Geflüchtete
517 unerlässliche Voraussetzung zur Integration. Wir erwarten deshalb vom Bezirksamt deutliche
518 Anstrengungen zur nachhaltigen Sicherung von Räumen für Weiterbildungsangebote der VHS
519 insbesondere bei Sprach- und Ausbildungskursen für Geflüchtete und bei Integrationskursen zum
520 Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft.
- 521• Orientierungshilfen für Geflüchtete, ob Kinder, Jugendliche oder Erwachsene, sind wichtig beim
522 Ankommen in einem anderen Land, einer anderen Kultur. Wir wollen, dass diesbezügliche
523 Anstrengungen, wie sie von einzelnen Ämtern im Bezirk unternommen werden, eine finanzielle
524 Untersetzung auch im bezirklichen Haushalt finden. Dazu zählen z.B. Stadtführungen mit
525 Jugendlichen durch das Mitte-Museum oder sog. Willkommensregale in unseren öffentlichen
526 Bibliotheken mit mehrsprachigen Medienangeboten, Bildwörterbüchern und Spielen, die sich
527 besonders zum Erwerb der deutschen Sprache eignen, sowie die kostenfreie Nutzung von
528 Arbeitsplätzen, Computern, W-LAN und Download-Angeboten. Wir wollen, dass auch in
529 Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete der Internetzugang gewährleistet ist.
- 530
531 Integration erfolgt durch praktische Teilhabe. Dies gilt in besonderer Weise für den Bereich
532 Ausbildung und Arbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass auf Problemlagen jugendlicher
533 Geflüchteten von Seiten des Jobcenters und der Arbeitsagentur beim Aufbau der
534 Jugendberufsagentur speziell reagiert wird. Ebenso müssen neue Wege bei der Vermittlung auf
535 den Arbeitsmarkt insbesondere bei dem Personenkreis geflüchteter Menschen gegangen werden,
536 die mit abgeschlossener Berufs- oder akademischer Ausbildung zu uns gekommen sind.
537 Wenngleich die Rahmenbedingungen dafür durch die Bundesagentur für Arbeit vorgegeben
538 werden, treten wir dafür ein, dass alle Möglichkeiten der Kooperation zwischen dem Jobcenter,
539 der Arbeitsagentur und Akteur*innen der lokalen Wirtschaft (Bündnis für Wirtschaft und Arbeit)
540 ausgelotet werden.